

Inhalt (mit Verlinkung)

Vertrauensverlust erklärbar - Handeln der Bundesregierung am Beispiel des BAMF.....	1
Ernüchternde Halbzeitbilanz der Bundesregierung Beschlüsse sorgen für sinkende Attraktivität des Berufsbeamtentums	3
Wechsel im Vorstand der vbob Fachgruppe Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	5
Neues Portal online: Versorgungsansprüche jetzt berechnen	6

vbob aktuell und Homepage 18. August 2023

Vertrauensverlust erklärbar

Handeln der Bundesregierung am Beispiel des BAMF



Foto: Achim Wagner

In dieser Woche haben die Ergebnisse aus mehreren Befragungen ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger dem Staat die Aufgabenerledigung nicht zutrauen. Einer der Bereiche sei laut Befragten die Flüchtlings- und Asylpolitik.



In diesem Bereich arbeitet seit inzwischen 70 Jahren das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Kolleginnen und Kollegen im BAMF haben in der Flüchtlingskrise 2015 dramatische Flüchtlingszahlen bewältigen müssen und die seinerzeit regierende Große

Koalition im Umgang mit dem für diese Aufgabe notwendigen Personal hinreichend Lehrgeld bezahlt. Inzwischen steigen die Zahlen auch ohne die Flüchtlinge aus dem ukrainischen Kriegsgebiet erneut wieder signifikant an. Die seitens des BAMF veröffentlichten Zahlen über das erste Halbjahr 2023 belegen, dass die Zahlen gegenüber Vorjahren wieder rasant steigen.

Bundesinnenministerin Faeser hat sich aktuell gegen Grenzkontrollen entschieden, sodass der Flüchtlingsstrom über die bekannten Routen sich unkontrolliert entwickeln kann. Für die Kolleginnen und Kollegen des BAMF bedeutet dies, dass die Fallzahlen der auf 67 Standorte verteilten Behörde sich täglich erhöhen werden. Diese absehbare Entwicklung war für die Bundesregierung kein Grund, die Zahl der verantwortlichen Bearbeiterinnen und Bearbeiter zu erhöhen, sie hat den begründbaren und beantragten Personalaufwuchs auch in diesem Fall gegenüber dem BAMF abgelehnt.

Bundesvorsitzender Gehlen dazu: Das BAMF und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen einen für Deutschland enorm wichtigen und guten Job. Sie kümmern sich um schutzsuchende Menschen. Dass die von uns geforderte Verlängerung der Zahlung der sogenannten BAMF-Zulage umgesetzt werden soll, begrüße ich ausdrücklich. Dass die Ampelregierung allerdings nach den Erfahrungen aus der Flüchtlingskrise 2015 die eigenen Beschäftigten dort erneut sehenden Auges in die Überforderung laufen lässt, ist ein Unding. Die Auswirkungen werden wir medial erleben.



dbb jugend magazin

#staatklar berichtet über aktuelle Themen und Entwicklungen aus dem Staatsdienst, in der Daseinsvorsorge und im Bereich der systemrelevanten Infrastruktur und hat dabei insbesondere die Interessen und Belange der jungen Menschen im Fokus.

[ZUM ONLINE-MAGAZIN](#)



vbob Pressemitteilung und Homepage 03.08.2023

Ernüchternde Halbzeitbilanz der Bundesregierung Beschlüsse sorgen für sinkende Attraktivität des Berufsbeamtentums



Foto: bluedesign/stockadobe.com

Eine ernüchternde Bilanz zieht Bundesvorsitzender Frank Gehlen nach der Hälfte der Amtszeit der Bundesregierung. Gestartet mit dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ habe die Politik in ihrer ersten Halbzeit die Bedingungen für die Beschäftigten in der Bundesverwaltung unattraktiver gemacht.

Gehlen: „Wer politisch beste Arbeitsbedingungen für die fehlenden Fachkräfte einfordert, der muss sie auch selber bieten“.

Zur Attraktivität der Bundesverwaltung malt Gehlen kein rosiges Bild „Als Arbeitgeber bieten wir für Beamtinnen und Beamte mit 41 Stunden die längste Wochenarbeitszeit auf dem Markt. Die vor vielen Jahren zugesagte und bis heute nicht eingelöste Rückführung dokumentiert den seit über 10 Jahren bestehenden Vertrauensbruch seitens der Bundesregierungen.

Die Bundesinnenministerin hat ihr Misstrauen gegenüber den eigenen Beamtinnen und Beamten im für alle verschärften Disziplinarrecht öffentlich gemacht. Die erneuten Einsparauflagen – auch bei der Digitalisierung - bei stetig wachsender Aufgabenlast führen unweigerlich zur weiteren Überlastung der Kolleginnen und Kollegen, was aus unserer Sicht verantwortungslos und nicht zu akzeptieren ist.



Die Streichung der Flexibilität im Rahmen einer Altersteilzeitregelung zeigt, dass Wertschätzung und Lebensleistung für diese Bundesregierung eine Einbahnstraße ist. Das langjährige und erfolgreich praktizierte berufliche Weiterqualifizierungen aus formalen Gründen eingestellt wurden, spricht Bände“.

„Es ist merkwürdig, dass die Bundesregierung die Altersteilzeit abschafft und die unbefristete Übernahme der eigenen Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung im Rahmen der diesjährigen Tarifverhandlungen abgelehnt hat“, so Gehlen. „Die Bundesregierung scheint offensichtlich vergessen zu haben, dass sie im Wettbewerb mit vielen anderen Arbeitgebern in Deutschland steht.“

Die Wohnungssituation, zu wenige und dann überteuerte Wohnungen an vielen Dienstorten des Bundes tun ihr Übriges dazu, das Beschäftigte des Bundes sogar Wohngeld beziehen müssen, die Liste ließe sich fortsetzen.

Die Herausforderung, im demografischen Wandel überproportional viele Menschen für die Arbeit in der Bundesverwaltung gewinnen zu müssen, habe sich durch die Maßnahmen der Ampelregierung verschärft, statt gemindert.

Als Gewerkschaft Bundesbeschäftigte schauen wir auch weiterhin genau hin.

Die zu führende Debatte zur amtsangemessenen Alimentation wird nun zeigen müssen, ob diese Bundesregierung in der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit ihren zu Beginn der Legislaturperiode vollmundigen Ankündigungen zukunftsorientierte, wettbewerbssichernde und ambitionierte Anstrengungen für die Bundesbediensteten im Sinne des „Mehr Fortschritt wagen“ folgen lassen wird.

Wir erwarten für die Beschäftigten der Bundesverwaltung mehr Wertschätzung bei den anstehenden Entscheidungen.



vbob Homepage 02.08.2023

Wechsel im Vorstand der vbob Fachgruppe Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Foto: vbob

Am 01.08.2023 fand in der Kantine der Zentrale in Nürnberg eine außerordentliche Mitgliederversammlung der vbob Fachgruppe BAMF statt.

In dieser Versammlung informierte die bisherige Vorsitzende Stephanie Zemke, dass sie aus persönlichen Gründen den Vorsitz der Fachgruppe niederlegen wird. Sie bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für das mit der Wahl in dieses Amt ausgesprochene Vertrauen und für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Ganz besonders freute sie sich aber, dass sich mit Anja Kuntscher eine engagierte und motivierte Nachfolgerin gefunden hat, die die Fachgruppe nun mit frischen Ideen in eine neue Zeit führen wird.

Frau Zemke wird der Fachgruppe weiterhin als Beisitzerin im Vorstand zur Verfügung stehen.



vbob Mitteilung 19.07.2023

Neues Portal online: Versorgungsansprüche jetzt berechnen

B VERSORGUNGS- RECHNER ONLINE D

Foto: BMI - verlinkt

Wie hoch ist meine Pension! Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat einen Versorgungsrechner herausgegeben. Mit dem Versorgungsrechner, der durch das ITZBund entwickelt wurde, können Sie dies rechnen lassen.

Der Versorgungsrechner Online ermöglicht den Beamtinnen und Beamten des Bundes sowie Richterinnen und Richtern im Bundesdienst mit Hilfe einer zeitlichen Aufstellung der Dienstzeiten und der aktuellen Bezügemitteilung, die zu erwartenden Versorgungsbezüge zu berechnen.

Der Versorgungsrechner deckt Standardfälle ab und dient dazu einen Überblick über die eigene Versorgungssituation zu gewinnen. Er kann auch genutzt werden, um Kalkulationen über die Versorgungsbezüge zu einem beliebigen Pensionseintrittszeitpunkt durchzuführen.

Für eine rechtssicher belastbare Versorgungsauskunft sind jedoch weiterhin die zuständigen Stellen verantwortlich.

